

## Kritik an Seehofers Gentechnikgesetz - Bundeskabinett berät

Berlin (dpa) - Die Kritik am geplanten Gentechnikgesetz von Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) wird lauter. Einen Tag vor der Beratung im Bundeskabinett warnten die Bauern vor Haftungsrisiken beim Genmais-Anbau. «Wir halten momentan einen Anbau mit gentechnisch veränderten Organismen nicht für besonders ratsam», sagte der Agrarrechts-Experte des Bauernverbands, Wolfgang Krüger, am Dienstag der dpa in Berlin. Wer Genmais anbaue, solle nach wie vor für Restrisiken haften, auch wenn er keine Schuld trage. Seehofers Pläne zur leichteren Kennzeichnung mit dem Hinweis «ohne Gentechnik» wurden von Verbraucherschützern begrüßt, aber in der Union kritisiert. Die Verbraucherbeauftragte der Unionsfraktion, Julia Klöckner (CDU), warnte vor einer Aufweichung der Kennzeichnungsregeln. «Dem Verbraucher vorzugaukeln, es gäbe Lebensmittel ohne grüne Gentechnik, die jedoch mit Hilfe dieser Technologie produziert wurden, entbehrt jeder Wissenschaftlichkeit», sagte Klöckner, die auch Leiterin der CDU-Verbraucherschutzkommission ist. Es sei «unlauter» von der SPD, sich zum Anführer einer solchen Forderung zu machen. Fleisch oder Milch sollen künftig als gentechnikfrei gelten, wenn die Tiere nicht mit Gen-Futtermittel gefüttert wurden. Zusatzstoffe können jedoch genverändert sein. Die FDP-Verbraucherpolitikerin Christel Happach-Kasan sprach von Verbrauchertäuschung. Eine solche Kennzeichnung lasse die Verwendung von Arzneimitteln und Impfstoffen unberücksichtigt, die in großem Umfang mit genveränderten Mikroorganismen produziert werden. Die Verbraucherorganisation Foodwatch begrüßte die Pläne erneut. Das sei eine «sehr gute» Nachricht für die Verbraucher, sagte Geschäftsführer Matthias Wolfschmidt dem Deutschlandradio Kultur. «Wir wollen, dass die Bürger das beim Einkauf selbst entscheiden.» Die Pläne zur Kennzeichnung sind nicht Teil des eigentlichen Gentechnikgesetzes. Seehofer will den Gesetzentwurf zur Gentechnik trotz Kritik nicht inhaltlich ändern. Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn sagte: «Die strengsten Vorschriften nützen nichts, wenn gleichzeitig zur Umgehung riesige Schlupflöcher geschaffen werden.» Zwischen genverändertem Mais und konventionellem Anbau soll ein Sicherheitsabstand von 150 Meter eingeführt werden, der Abstand zu Öko-Mais soll 300 Meter betragen. Umstritten ist, dass Bauern die Regeln durch Absprachen unter Nachbarn umgehen können. Umweltverbände sehen weiter Risiken, die Forschung fürchtet dagegen schlechtere Voraussetzungen. Bundesweit wird genveränderter Mais derzeit auf rund 2700 Hektar angebaut. dpa vr yydd z2 ru 071701 Aug 07